

Bericht über die Präsidialverwaltung

Autor(en): **Moeckli, G. / Gafner, M. / Rudolf, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1942)**

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417263>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT

ÜBER DIE

STAATSVERWALTUNG

DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1942

Bericht über die Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **G. Moeckli**.
Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**.

Vizepräsident des { Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **Dr. M. Gafner**.
Regierungsrates: { Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat **Dr. A. Rudolf**.

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden drei kantonale und zwei eidgenössische Abstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Das Bernervolk nahm am 25. Januar 1942 das Gesetz über die Erhebung einer kantonalen Wehrsteuer mit 65,148 gegen 46,299 Stimmen an. Von den 225,281 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 115,271 an die Urne oder 51,1 %.

In der Volksabstimmung vom 5. Juli 1942 hatten die stimmberechtigten Bürger über drei Gesetzesvorlagen abzustimmen, die sie alle annahmen, und zwar:

das Gesetz über die Kantonalbank mit 22,158 gegen 9928 Stimmen;

das Gesetz über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrerschaft mit 21,841 gegen 11,904 Stimmen;

das Gesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die kantonale Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr vom 1. März 1914 mit 24,824 gegen 8268 Stimmen.

Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 226,875, die der Stimmenden 40,204 oder 17,7 %.

Die dritte Volksabstimmung fand am 13. Dezember statt über das Gesetz über die Abänderung einzelner

Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern. Für Annahme der Vorlage wurden 47,529 Stimmen und dagegen 8616 abgegeben. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 227,945, die der Stimmenden 57,833 oder 25,4 %.

B. Eidgenössische Abstimmungen.

In eidgenössischer Angelegenheit wurden die stimmberechtigten Bernerbürger erstmals am 25. Januar an die Urne gerufen zur Abstimmung über den Bundesbeschluss betreffend das Volksbegehren für die Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates und seine Wahl durch das Volk. Für die Annahme dieser Vorlage wurden 50,551 und für die Verwerfung 63,645 Stimmen abgegeben; sie wurde somit im Kanton Bern mit einem Mehr von 13,094 Stimmen abgelehnt. Von 227,000 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern wurden 115,504 Stimmzettel eingelegt. Von ihrem Stimmrecht machten somit 50,9 % Gebrauch.

Die zweite eidgenössische Abstimmung fand am 3. Mai, also gleichzeitig mit den Regierungsrats- und Grossratswahlen statt. Zur Abstimmung kam der Bundesbeschluss über das Volksbegehren betreffend die Reorganisation des Nationalrates. Für die Annahme dieses Beschlusses stimmten im Kanton Bern 38,210 und für die Verwerfung 83,206 Bürger; die ablehnende Mehrheit betrug also 44,996. Von 227,932 Stimmberechtigten gingen 125,256 oder 55 % an die Urne.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1942 bis 30. November 1943 die bisherigen, Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Rudolf Weber, Landwirt, Grasswil, gewählt.

In der bernischen Vertretung im Nationalrat traten keine Änderungen ein.

Grosser Rat.

Der Grosse Rat hielt im ganzen 5 Sessionen ab mit 37 Sitzungen. Davon waren zwei im Februar/März und im April ausserordentliche.

Vor der Gesamterneuerung amtierte als Präsident dieser Behörde Robert Bratschi, Generalsekretär S. E. V. in Bern, und als Vizepräsidenten Notar Friedrich Keller in Langnau und Chefredaktor Dr. Egger in Bern.

Am 3. Mai fand zum sechstenmal nach dem Proporzsystem die Gesamterneuerung des Grossen Rates statt. Bezüglich der Einzelheiten dieser Wahl verweisen wir auf den dem Grossen Rat erstatteten besondern Bericht (Tagblatt 1942, S. 300 ff.).

Die Wahlen haben sich überall ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung vollzogen. Eine Erschwerung brachte der Umstand, dass ein Teil der Stimmberechtigten im Militärdienst war und dort ihr Stimmrecht ausüben musste. Die Anordnungen des Regierungsrates für die Ausübung des Stimmrechtes durch die Truppe bewährten sich. Es stellte sich lediglich heraus, dass einzelne Wahllokaloffiziere von Einheiten es an der nötigen Aufklärung fehlen liessen. Die dadurch zutage getretenen Mängel wurden dem Wahllokaloffizier der Armee zur Kenntnis gebracht, der für Abhilfe besorgt sein wird.

Weil nicht mehr Kandidaten aufgestellt wurden, als Sitze zu besetzen waren, musste in den Amtsbezirken Frutigen, Laufen und Neuenstadt der öffentliche Wahlgang nicht durchgeführt werden. Eine aus dem Amtsbezirk Seftigen eingereichte Wahlbeschwerde wurde nach Aufklärung der Beschwerdeführer wieder zurückgezogen, so dass keine Wahlbeschwerden zu behandeln waren. Im Amtsbezirk Signau wurde von fünf Stimmberechtigten das Begehren um Nachzählung gestellt. Dieses Begehren wurde abgewiesen, weil dessen Begründung eine Änderung des Wahlergebnisses nach der Zählung nicht wahrscheinlich machen konnte.

Gestützt auf das provisorische Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1941, das als Grundlage für die Mandatzahl anerkannt wurde, erhöhte sich die Mitgliederzahl des Grossen Rates um 10 auf 194. Von den gewählten Kandidaten gehörten 131 bisher dem Grossen Rate an, während 63 neu eintraten. Von den Gewählten starb vor der Konstituierung des Rates Ludwig Lengacher, von der Liste der Heimatwehr im Amtsbezirk Frutigen. Die Listenunterzeichner schlugen an dessen Stelle Abraham Aellig, Landwirt in Adelsboden, vor. Dieser trat der Fraktion der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei bei.

Gestützt auf die Geschäftsordnung des Grossen Rates, die für die Bildung einer Fraktion fünf Mitglieder vorschreibt, konnten fünf Fraktionen gebildet werden, nämlich:

Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	76 Mitglieder
Sozialdemokratische Partei	55 »
Freisinnig-demokratische Partei	27 »
Nationale Kampfgemeinschaft der Jungbauern	17 »
Katholisch-konservative Volkspartei	12 »

Ferner gehören dem Rate an:	
vom Landesring der Unabhängigen	4 Mitglieder
vom Freiwirtschaftsbund	2 »
Parteilos	1 Mitglied

Die konstituierende Sitzung vom 1. Juni 1942 wurde eröffnet von Regierungspräsident G. Moeckli; als Alterspräsident amtierte Wilhelm Imhof, Laufen. Nachher wurde als Präsident des Rates gewählt Notar Friedrich Keller in Langnau und als Vizepräsidenten Chefredaktor Dr. Walter Egger, Bern, und Ernst Äberold, Lehrer, Ittigen.

Noch vor der Gesamterneuerung sind aus dem Rate infolge Hinschiedes ausgeschieden: Hermann Fell, Bern, und Arthur Voutat, Biel, die durch Gottlieb Gasser, Bern, und Paul Berger, Biel, ersetzt wurden.

Im Berichtsjahr wurden folgende **wichtigere Geschäfte** behandelt:

1. Gesetze. Erste und zweite Lesung zu den Gesetzen über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrerschaft und über die Abänderung einzelner Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Staats- und Gemeindesteuern; zweite Lesung der Gesetze über die Kantonalbank und die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die kantonale Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr vom 1. März 1914. In erster Lesung wurde ferner durchberaten das Gesetz über das unlautere Geschäftsgebaren und betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 9. Mai 1926 über den Warenhandel, das Wandergewerbe und den Marktverkehr. Lediglich die Eintretensfrage wurde abgeklärt zum Gesetzesentwurf betreffend die Verpachtung der Jagd durch die Gemeinden. Diese Vorlage wurde an die Regierung zurückgewiesen mit dem Ersuchen, ein verbessertes Patent-Jagdgesetz vorzulegen.

2. Dekrete. Dekret betreffend die Abänderung von § 12, Abs. 1, des Dekretes über das Feuerwehrgewesen vom 15. Januar 1919; Dekret betreffend die Umschreibung der reformierten Kirchgemeinden im Kanton Bern und die Organisation der evangelisch-reformierten Kirchensynode; Dekret betreffend die Einreihung der Gemeinden in Besoldungsklassen für die Lehrerbesoldungen; Dekret über die Bekämpfung der Trunksucht; Dekret über das kantonale Käserei- und Stallinspektionswesen; Dekret über die Gewährung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal für das Jahr 1942; Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen für das Jahr 1942; Dekrete über die Errichtung einer 3. Pfarrstelle in der Friedenskirchgemeinde Bern und einer 3. Pfarrstelle in der Kirchgemeinde Köniz; Dekret über die Einteilung des Staatsgebietes in Grossratswahlkreise und die Mandatzahl der Wahlkreise; Dekrete betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen an die Rentenbezüger der Hülfskasse für das II. Semester 1942 und an die Rentenbezüger der Lehrerversicherungskasse für das II. Semester 1942; Dekret über die Er-

richtung einer 2. Pfarrstelle in der französisch-reformierten Kirchgemeinde Moutier; Dekret über die Anpassung der Entschädigungen der Mitglieder staatlicher Behörden und Kommissionen; Dekret betreffend Abänderung von § 6 des Dekretes betreffend Besoldung der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern vom 14. November 1939; Dekret betreffend Neueinteilung der Kreise für die Inspektion der Primar- und Sekundarschulen; Dekret über die Ausrichtung einer Winterzulage an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen.

3. Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen. Aus dem Jahr 1941 waren im Berichtsjahr noch 13 Motionen hängig. Bis zur Gesamterneuerung wurden dazu neu eingereicht 6, so dass insgesamt 19 zu behandeln waren. Von diesen wurden noch 18 erledigt, während eine wegen Ablaufes der Amtsperiode dahinfiel. Im neu gewählten Grossen Rat wurden bis Ende des Berichtsjahres 23 Motionen eingereicht, von denen 15 erledigt und 8 auf das neue Berichtsjahr übertragen wurden.

Von den im Berichtsjahr eingereichten 22 Postulaten wurden 14 erledigt, 3 abgeschlossen und 5 auf das nächste Berichtsjahr verschoben. Im Berichtsjahr wurden 43 Interpellationen und Einfache Anfragen beantwortet und 5 am Ende der Verwaltungsperiode 1938—1942 abgeschlossen.

4. Andere Geschäfte. Die Feier anlässlich des Bezuges des neuen Rathauses durch den Grossen Rat am 9. November 1942, nach einem Unterbruch von zwei Jahren, während welchen der Grosse Rat im Konzertsaal des Konservatoriums, Kramgasse 36/38 in Bern, tagte. Bei dieser Feier hielten Ansprachen Regierungspräsident Dr. Gafner und Grossratspräsident Fr. Keller. Der Grosse Rat besammelte sich dabei vorerst im Münster, wo Pfarrer Tenger, Präsident des Synodalrates der evangelisch-reformierten Landeskirche, eine Ansprache hielt, und begab sich unter Glockengeläute, mit dem Regierungsrat an der Spitze, in feierlichem Zuge in das Rathaus.

Als wichtigste Geschäfte seien im übrigen erwähnt:

Aufnahme einer Konversionsanleihe von 29,000,000 Franken zu $3\frac{1}{4}$ %; Beschluss betreffend Errichtung einer Stiftung «Bernische Bauernhilfe»; Beitrag an die Erweiterungs- und Umbauten an der Ohren- und Nasenklinik; Privatbahnhilfe gemäss Bundesgesetz vom 6. April 1939; Sanierung der Lötschbergbahn und der Bern-Neuenburg-Bahn, Sanierung und Fusion der Spiez-Erlenbach-Bahn und der Erlenbach-Zweisimmen-Bahn, sowie Sanierung und Fusion der Emmental-Bahn und der Burgdorf-Thun-Bahn; Ausrichtung von Beiträgen an die Fürsorgeleistungen für ältere Arbeitslose; Beitragsleistung an Notstandsaktionen zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung; Bewilligung von Beiträgen an mehrere grössere Bodenverbesserungen.

Von den am 27. Januar 1942 der Staatskanzlei zur Abstempelung eingereichten Unterschriftenbogen zu einem Volksbegehren für die Einführung einer allgemeinen Alters- und Hinterbliebenenversicherung im Kanton Bern wurden vom 14. bis 24. Juli 974 Unterschriftenbogen mit 35,159 Unterschriften eingereicht. Die Behandlung dieser unter der Leitung der Nationalen Kampfgenossenschaft der Jungbauern eingereichten Initiative fällt in das nächste Berichtsjahr.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor des Armenwesens, G. Moeckli. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. M. Gafner, Direktor des Innern, das Präsidium, während als Vizepräsident der Direktor des Erziehungswesens, Regierungsrat Dr. A. Rudolf, gewählt wurde. Eine Änderung in der Zuteilung der Direktionen erfolgte nach den Bestätigungswahlen nicht.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 112 Sitzungen ab und behandelte dabei 5852 Geschäfte. Bis Ende Oktober fanden die Regierungsratssitzungen weiter im Konferenzsaal des Tscharnerhauses statt. Am 31. Oktober wurde das umgebaute und erneuerte Rathaus offiziell eingeweiht. An der Feier im Rathaus waren der Bundesrat mit drei Mitgliedern, die Armee durch den Oberbefehlshaber und die Kommandanten der bernischen Heereseinheiten, sämtliche Kantonsregierungen, die kantonalen, städtischen und burgerlichen Behörden, die Architekten, Bauunternehmer und Arbeiter sowie die Donatoren vertreten. An der Feier im Grossratsaal, die durch Musik- und Gesangsvorträge verschönert wurde, sprachen Baudirektor R. Grimm und Regierungspräsident Dr. M. Gafner, und am Bankett im Hotel Schweizerhof Stadtpräsident Dr. Bärtschi und Bundespräsident Ph. Etter. Ein Gang durch das renovierte Rathaus hinterliess bei allen Teilnehmern einen vorzüglichen Eindruck. Die Arbeiten hielten die Mitte zwischen den Anforderungen der Tradition und der neuesten Errungenschaften und brachten eine sehr glückliche Lösung. Seit November fanden die Sitzungen des Regierungsrates wieder im Rathaus statt.

Auch das abgelaufene Jahr brachte dem Regierungsrat viele ausserordentliche Aufgaben, insbesondere auf den Gebieten der Landesversorgung, des Eisenbahnwesens, des Fürsorgewesens und der Finanzverwaltung. Für Einzelheiten wird auf die Berichte der Direktionen verwiesen.

Bezirksbeamte.

Die Bezirksbeamtenwahlen fanden im ganzen Kantonsgebiet am 5. Juli statt. Diese erfolgten zum drittenmal nach den Vorschriften des Gesetzes über die Vereinfachung von Beamtenwahlen, vom 28. Februar 1932. Öffentliche Wahlgänge fanden statt in den Amtsbezirken Interlaken, Pruntrut und Moutier, für die Wahl der Regierungstatthalter; im Amtsbezirk Wangen, für die Wahl des Betriebsbeamten/Gerichtsschreibers; in den Amtsbezirken Erlach und Moutier für die Amtsrichter und in den Amtsbezirken Erlach, Moutier und Signau für die Amtsgerichts-Ersatzmänner. Im allgemeinen ergaben die Bezirksbeamtenwahlen die Bestätigung der bisherigen Amtsinhaber. In folgenden Fällen sind bei der Gesamterneuerung neue Beamte gewählt worden:

An Stelle des zurückgetretenen Kaspar Balmer wurde im Amtsbezirk Interlaken als Regierungstatthalter gewählt Fritz Tschiemer, bisher Aktuar, und im Amtsbezirk Wangen als Betriebsbeamter/Gerichtsschreiber Charles Alfred Hänni. Bei den Wahlen in die Amtsgerichte wurden gewählt im Amtsbezirk Erlach Fritz Probst, Gemeindeschreiber, Finsterhennen, an Stelle von Ernst Engelmann, Gampelen, und als

Amtsgerichts-Ersatzmann Emil Wenker, Gampelen, an Stelle von Walter Meuter, Vinelz; im Amtsbezirk Moutier wurden die bisherigen Amtsrichter im öffentlichen Wahlgang bestätigt, dagegen neu als Amtsgerichts-Ersatzmann gewählt Marc Ramser, Tavannes, an Stelle von Emil Maître, Tavannes; im Amtsbezirk Signau wurden als Amtsgerichts-Ersatzmänner gewählt Alfred Balz, Signau, und Peter Siegenthaler, Schangnau, an Stelle von Otto Lüthi, Langnau, und Chr. Sommer, Mungnau.

Ausserhalb der Gesamterneuerung traten folgende Änderungen ein:

Amtsbezirk Bern: Als Gerichtspräsidenten wurden gewählt Dr. Rudolf Holzer an Stelle des verstorbenen Walter Meyer, und Karl Hilfiker an Stelle des zum Oberrichter gewählten Hans Wüthrich; als Amtsrichter wurden gewählt im Amtsbezirk Fraubrunnen Fritz Lüthi, Schönbühl, an Stelle des verstorbenen Hans Schlupe, Utzenstorf; im Amtsbezirk Signau Otto Lüthi, Langnau, an Stelle des zurücktretenden Emil Dären-dinger, Rüderswil; im Amtsbezirk Moutier Marc Germiquet, Tavannes, an Stelle des verstorbenen Notars Ferd. Degoumois, Moutier; als Amtsgerichts-Ersatzmann wurde im Amtsbezirk Thun gewählt Rudolf Jenni, Thun, an Stelle von Jos. Gruber, Thun.

Im Berichtsjahr wurden ebenfalls die Neuwahlen für alle *Zivilstandsbeamten* und ihre Stellvertreter durchgeführt. In 237 von 248 Zivilstandskreisen wurden diese beiden Beamten in stiller Wahl gewählt. Der öffentliche Wahlgang musste durchgeführt werden für den Zivilstandsbeamten in den Kreisen Arch, Corgémont, Sonceboz, Delémont und Bure, für den Stellvertreter in Gurzelen und Miécourt und ferner, da kein Vorschlag eingereicht wurde, in Seedorf, Pieterlen, Courroux und Chevenez.

Ferner wurde ebenfalls die Wahl der kantonalen Geschwornen durchgeführt. Sechs durch die Regierungstatthalter als gewählt erklärte Personen konnten vom Obergericht nicht in das Verzeichnis der Geschwornen aufgenommen werden, da sie als eidgenössische oder kantonale Beamte der richterlichen und vollziehenden Gewalt sowie der verstaatlichten Gewerbebetriebe nicht wählbar waren.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben unter anderem folgende Zahlen Aufschluss:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3044
Überweisungen an den Grossen Rat	328
Ausführung von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von Fr. 73,364.50	
Beglaubigung von 25,335 Unterschriften.	

Im Anweisungsverkehr wurden 1669 Geschäfte erledigt mit einem Ertrag von Fr. 213,688.90. Diese Summe ist um rund Fr. 12,925.60 geringer als im Vorjahr.

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 2400 Geschäfte, davon 800 des Regierungsrates und 1600 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv.

I. Personelles. Durch Regierungsratsbeschluss vom 1. Mai 1942 wurde am Staatsarchiv die Stelle eines Kanzleihilfen (IV. Besoldungsklasse) neu geschaffen. Als Kanzleihilfe wurde am 29. Mai Paul Kull, geb. 1909, Buchbinder, gewählt.

Dem Staatsarchiv zugeteilt war in obligationenrechtlichem Verhältnis Dr. André Rais. Für das Staatsarchiv arbeiteten zu Lasten des Kredits des eidgenössischen Departements des Innern für notleidende Schriftsteller Hermann Hutmacher, Lehrer, und auf Arbeitsbeschaffungskredit von Bund, Kanton und Gemeinde Wilhelm Stotz, Kaufmann. Im Staatsarchiv bearbeitete ferner für die Schweizerische geschichtsforschende Gesellschaft Dr. W. Meyrat Beiträge zu einem Ergänzungsband der eidgenössischen Abschiede vor 1500.

II. Benützung des Archivs. Das Archiv wies im Berichtsjahr 311 Benützer mit 2409 Benützungsbesuchen auf. Die zahlreichen Wappeninteressenten sind in diesen Zahlen nicht inbegriffen.

III. Zuwachs. An Ablieferungen der Zentralverwaltung sind 1942 zu verzeichnen:

Militärdirektion: Akten 1881—1910 mit Geschäftskontrollen und Kopierbüchern. Korpskontrollen 1893 bis 1911 mit den Jubiläumskorpskontrollen 1939.

Gemeindedirektion: Akten der Jahre 1918—1921.

Armendirektion: Akten über auswärtige Armenpflege 1931—1935 (als Depot, noch im Gebrauch der Direktion stehend).

Obergericht: Strafakten 1881—1900. Akten betreffend Justizgeschäfte 1882—1915. Akten der Aufsichtsbehörde über Schuldbetreibung und Konkurs 1894 bis 1915.

Als Erwerb auf Kunstaltertümerkredit kam dem Staatsarchiv ein Grossteil der Bestände des Herrschaftsarchivs von Münchenwyler zu.

Als Leihgabe wurden von Herrn Walter von Bonstetten zwei Kompagnie-Rödel des Regiments von Erlach (1674) abgetreten.

Die Bibliothek und Bildersammlung vermehrte sich um 358 Bände, 297 Broschüren und 100 Blätter.

IV. Inventare und Register. Das Staatsarchiv machte im Berichtsjahr bedeutende Fortschritte in der Erschliessung seiner Materialien durch Inventare und Register. Hervorzuheben ist die Neuordnung und Neuinventarisierung des Wehrwesens seit 1803, die Neuaufstellung aller Akten über Primarschulen von 1831 bis 1855 der Abteilung Unterrichtswesen und die Neuaufstellung und Aufkartung der Planabteilung (ca. 12,000 Pläne). Erwähnenswert sind ferner die Aufnahme eines Inventars aller Inventare und Register des Archivs, die Erstellung einer Kartotheke über bernische Gesetzgebung im 19. und 20. Jahrhundert (ca. 7000 Karten), die Aufnahme einer Bilderkartotheke (ca. 15,000 Karten), die Erstellung eines neuen Registers der Abteilung Unnütze Papiere (ca. 15,000 Karten), die Aufnahme eines neuen Inventars über die Dokumentenbücher und die Aufnahme eines Materieninventars der historischen Gutachtenabteilungen; diese letztere ist noch nicht beendet. Ferner wurde das Register zum

I. Band der neuen Gesetzessammlung bearbeitet. In der Bibliothek wurde der Katalog durch die Auswertung bernischer Belange in fremden Zeitschriften bereichert. Für weitere Inventararbeiten sei auf die Abschnitte Bezirks- und Gemeindearchive und ehemals fürstbischöflich-baslerisches Archiv verwiesen.

V. Wissenschaftliche Leistungen und Gutachten.

Seinen wissenschaftlichen Verpflichtungen genügte das Archiv durch die Veranstaltung von Ausstellungen für besondere Zwecke, durch Archivführungen, durch Vorträge im Radio und Vereinen und durch Veröffentlichungen seiner Mitarbeiter, durch Mitarbeit an der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde und durch Förderung wissenschaftlicher Arbeiten im Archiv, worunter 15 Dissertationen. Hervorzuheben sind die Drucklegung des 10. Bandes der *Fontes rerum bernensium*, zu dem nur noch das Register fehlt (zurzeit in Arbeit) und die Herausgabe der Denkschriften des Generals von Lentulus in den Münchener historischen Abhandlungen. — Unter den Gutachten ist das der Staatskanzlei erstattete über den Gebrauch des Staatswappens auf Drucksachen zu erwähnen.

VI. Bezirks- und Gemeindearchive. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Archivleitung im Berichtsjahr der Förderung der *Bezirksarchive*. Um die Sicherung wertvoller Bestände zu gewährleisten und die Überfüllung dieser Archive zu vermeiden, wurde der Justizdirektion der *Entwurf einer Verordnung über die Bezirksarchive* eingereicht, in welcher die Verantwortungen festgelegt werden und die Entlastung durch Abgrenzung genauer Aufbewahrungsverpflichtungen aller Archivbestände bewirkt wird. Die Durchführung dieser Bestimmungen soll durch eine einmalige Bestandsaufnahme der Archive seitens einer besondern Hilfskraft des Archivs und durch periodische Inspektionen durch den Staatsarchivar gesichert werden.

Im Berichtszeitraum wurde über das Bezirksarchiv Delsberg eine Bestandsaufnahme durchgeführt und ein Bericht ausgearbeitet. Die Bezirksarchive Delsberg, Nidau und Thun wurden durch den Staatsarchivar besucht. Das Amtarchiv Bern wurde hinsichtlich der Aktenaufbewahrung beraten.

Über die rechtlichen Grundlagen der Aufbewahrung von Zivilstandsakten wurde der Justizdirektion ein Bericht unterbreitet.

Die *Gemeindearchive* von Jegenstorf und Rubigen wurden hinsichtlich der Aufbewahrung von Akten beraten.

VII. Ehemals fürstbischöflich-baslerisches Archiv.

Von den Beständen des Archivs wurden die Beilagen zu den Rechnungen einer Reihe von Schaffnereien und die Beilagen zu den Salz- und Zollrechnungen inventarisiert und in Mappen verpackt. Ebenfalls geordnet und verpackt wurden die Notariatsprotokolle zahlreicher Städte und Ämter (ca. 450 Notare).

Die beträchtlichen, etwas vernachlässigten Bestände der französischen Periode 1792—1815 wurden neu geordnet, inventarisiert und verpackt. Diese Arbeit ist noch nicht ganz abgeschlossen.

VIII. Hallwylarchiv. Der Hallwylarchivfonds betrug am 1. Januar 1942 Fr. 11,194.60. Er beträgt am 31. Dezember 1942 Fr. 11,536.70. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 363.10. — Angeschafft wurde in geringem Umfang aargauische Literatur.

Bern, den 31. März 1943.

Der Regierungspräsident:

Gafner.

Vom Regierungsrat genehmigt am 25. Mai 1943.

Test. Der Staatsschreiber i. V.: **Hubert.**

